

/// Der ANC in der Krise

SÜDAFRIKA NACH DEN KOMMUNALWAHLEN

THORSTEN WINKELMANN, JUST F. NOLLER /// Bei den Kommunalwahlen in Südafrika vom 3. August 2016 – gut zwei Jahre nach der letzten Parlamentswahl – hat der Afrikanische Nationalkongress (ANC) Stimmeinbußen von etwa 8 % hinnehmen müssen und ist landesweit mit 54 % der Stimmen zum ersten Mal seit Einführung der Mehrheitsherrschaft 1994 unter die 60-Prozentmarke gefallen.¹ Obschon immer noch mit einer komfortablen Mehrheit ausgestattet, mehren sich die Krisenanzeichen. Der vorliegende Beitrag analysiert die aktuelle Situation, die Krise des ANC sowie die damit verbundenen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Folgen für das Land.

Die Kommunalwahlen

Bei den Kommunalwahlen in Südafrika vom 3. August 2016 verfestigte sich ein Trend, der sich bereits bei den Parlamentswahlen 2014 angedeutet hatte. Obschon in Südafrika das Wahlverhalten weitgehend entlang der Rassenzugehörigkeit verläuft, also Schwarze für den African National Congress (ANC) stimmen, (englisch- und wenn auch zögerlicher afrikaanssprachige) Weiße und der kap-farbige Bevölkerungsanteil hingegen überwiegend zur Demokratische Allianz (DA) tendieren und Wahlen damit in gewisser Weise einem ethnischen Zensus gleichen, gelingt es dem ANC trotz komfortabler Mehrheit (62,15 % der Stimmen) in der Nationalversammlung und in den Provinzparlamenten

immer weniger, die zentrifugalen Kräfte im Land auszubalancieren. Zwar waren bereits bei den Parlamentswahlen und den stets zeitgleich stattfindenden neun Provinzwahlen 2014 viele Wähler mit der inhaltlichen wie personellen Dar-

Der ANC **VERLIERT** zunehmend an Wählerstimmen.

stellung des ANC unzufrieden, dennoch setzte der ANC in seinem Wahlkampf erfolgreich auf den Mythos des wenige Monate zuvor verstorbenen Nelson Mandela, der in Südafrika auch unter seinem Clannamen Madiba bekannt ist. Mit der Kampagne „Do it for Madiba“



Präsident Jacob Zuma kommt zunehmend unter Beschuss – zu groß sind mittlerweile der Unmut und die Proteste bei großen Teilen der Bevölkerung, schwarz wie weiß, über seine korrupte Amtsführung.

aktivierte der ANC nicht nur seine eigenen Anhänger, sondern konnte so auch andere Themen in den Hintergrund drängen.

Eine vergleichbare Mobilisierung gelang dem ANC bei den diesjährigen Kommunalwahlen nicht. Deutliche Stimmenverluste musste er insbesondere in Großstädten hinnehmen. Südafrika verfügt über acht städtische Großgemeinden (Metropolitan Municipalities), kurz „Metros“ genannt. Drei davon, Johannesburg, Ekurhuleni (das Gebiet des East Rand mit dem Zentrum Germiston) und Tshwane (wozu die Regierungshauptstadt Pretoria gehört) befinden sich in der Provinz Gauteng, die das wirtschaftliche Kerngebiet Südafrikas darstellt. Zwei weitere Metros liegen in

der Ostkap-Provinz: Nelson Mandela Bay (Port Elizabeth) und Buffalo City (East London). In den Provinzen Westkap, KwaZulu-Natal und Freistaat gibt es je eine Metro: Kapstadt, eThekweni (Durban) und Mangaung (Bloemfontein). In allen Metros gewann die stärkste, weitgehend sozial-liberal ausgerichtete Oppositionspartei DA Stimmen hinzu und das, obwohl sie bislang hauptsächlich als Vertreter der Minderheiten der Weißen und Kap-Farbigen („Coloureds“)² angesehen wurde. Doch verfügt sie inzwischen auch über schwarzes Führungspersonal. Ihre Bürgermeisterkandidaten für Johannesburg und Tshwane (Pretoria) waren, wie inzwischen auch der neue Parteichef, Schwarze. In Ekurhuleni kandidierte

der Sohn eines indischstämmigen Vorkämpfers gegen die Apartheid für die DA und in Nelson Mandela Bay gar ein Weißer.

Die schwersten Verluste erlitt der ANC in der Provinz Gauteng, wo sein Stimmenanteil auf unter 50 % fiel und er die Stadtregierung in zwei der drei Metros (Johannesburg und Tshwane) an die Opposition abgeben musste. Jedoch benötigten die DA-Bürgermeisterkandidaten zu ihrer Wahl auch die Stimmen der „Economic Freedom Fighters“ (EFF), die ein radikales Umverteilungskonzept, nicht unähnlich dem in Zimbabwe, vertreten. So befürworteten die EFF unter anderem auch die entschädigungslose Landenteignung weißer Farmer und die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien im Minen- und Bankensektor. Die gemeinsame Gegnerschaft zum ANC wurde folglich von den bei-

jedoch formell eine Koalition zu bilden.³ Eine solche Konstruktion wurde bislang in Südafrika noch nicht erprobt. Einerseits bleibt die programmatische Kluft zwischen der linksradikal ausgerichteten EFF und der DA unüberwindbar, worunter die Handlungsfähigkeit der jeweiligen Stadtverwaltungen leiden könnte. Andererseits kann die EFF – jenseits des alltäglichen Populismus und der skandalisierenden Rhetorik – Regierungsfähigkeit beweisen und sich so eine bessere Ausgangsposition für die kommenden Parlamentswahlen 2019 verschaffen, während die DA Zugang zu den EFF-Wählerhochburgen in den Townships erhält.

Die Stimmenverluste des ANC

Obwohl bei der Kommunalwahl auch lokale Gegebenheiten das Wahlverhalten beeinflusst haben, zeigt dieses Ergebnis doch eine gewisse Erosion in der Anhängerschaft des ANC auf. Am deutlichsten ist das in den Metros, nicht nur in der Provinz Gauteng, sondern auch in Kapstadt, wo die DA ihre Mehrheit auf zwei Drittel ausbauen konnte, sowie in der Hafenstadt Port Elizabeth (Nelson Mandela Bay) zu erkennen, wo die DA mit fast 47% ohne EFF-Unterstützung regieren kann. Ein Grund dafür ist, dass sich ein Teil der inzwischen zu Geld und wirtschaftlichem Einfluss gekommenen schwarzen Mittelschicht zunehmend vom ANC abwendet, weil sie vermehrt eine berechenbare Staatsführung, Eindämmung der um sich greifenden Korruption, Transparenz, Sicherheit und Prosperität sowohl für sich als auch für das Land einfordert – Bereiche, in denen der ANC bislang nicht überzeugen konnte. Auch die sogenannte „born-free“-Generation, also jene, die nach Beendigung der Rassentrennung geboren

DA und EFF schlossen sich trotz DIVERGIERENDER Ideologien bei den Kommunalwahlen gegen den gemeinsamen Gegner ANC zusammen.

den bedeutendsten Oppositionsparteien stärker gewichtet als ihre fundamentalen Differenzen in Grundsatzfragen. Obschon die DA und EFF unterschiedliche Wählerschichten ansprechen sowie ideologisch diametral entgegengesetzte Positionen vertreten, wählten die Stadtverordneten der EFF in Pretoria und Johannesburg anstelle des ANC-Bürgermeisterkandidaten den der DA, ohne

wurden, kann von den Erzählungen einstiger heroischer Kämpfe gegen das Apartheid-Regime keine unmittelbaren Vorteile für ihre alltäglichen Sorgen und Nöte ziehen. Im Gegenteil: Anhaltend hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit von offiziell 30 % in Verbindung mit den Problemen in den Armenvierteln, in denen die Grenze zwischen Beschaffungskriminalität, organisiertem Verbrechen und dem alltäglichen Überlebenskampf zunehmend verschwindet, tragen zur Desillusionierung breiter Gesellschaftsschichten bei. So gehören die mehrheitlich von Schwarzen bewohnten Townships zu den gefährlichsten Orten der Welt und die hier herrschenden archaischen Verhältnisse diskriminieren vornehmlich Frauen und Minderheiten. Dazu kommt, dass 31 % aller Südafrikaner in absoluter Armut leben, ferner 14 % in selbstgeziimerten Hütten (sog. „Informal Settlements“) wohnen und 13 % noch immer keinen Stromanschluss haben.

Doch gibt es auch positive Entwicklungen: So sind in der Zwischenzeit 3,5 Millionen Häuser für die Armen gebaut worden und 19 Millionen Menschen erhalten in Form von Rente oder Kindergeld eine finanzielle Unterstützung vom Staat. Der durch eine ausgesprochen fortschrittliche Verfassung etablierte Rechtsstaat funktioniert trotz einer gewissen Funktionsschwäche zufriedenstellend und die Bürgerrechte sind weitestgehend gesichert. Auch wirtschaftlich ging es in den letzten beiden Jahrzehnten zunächst mit Ausnahme des weltweiten Rezessionsjahres 2009 nur aufwärts, das Bruttosozialprodukt hat sich verdreifacht, und das bei einer – für aufstrebende Länder – vergleichsweise moderaten Inflationsrate von durchschnittlich 6 %. Jährliche Wachstumsraten von knapp 4 % ließen zwar eine

neue schwarze Mittelschicht von rund 10 Mio. Südafrikanern entstehen, ohne jedoch die sozio-ökonomischen Gegensätze zu beseitigen.

Was jedoch speziell in der urbanen Bevölkerung zu steigendem Unmut geführt hat, ist die Regierungsführung von Präsident Zuma und seine sich häufenden Skandale. Sein Konzept eines „tribal model of democracy“ widerspricht zunehmend den demokratischen Grundidealen, die in den 1990er-Jahren beim Übergang von der weißen Minderheitenherrschaft zur Mehrheitsherrschaft beschworen und in der Verfassung von 1996 niedergelegt wurden. Im Land wird schon die Frage diskutiert, wie lange Südafrika überhaupt noch in dieser Form überleben kann.⁴ So sind Versuche zu erkennen, etwa das Verfassungsgericht (Constitutional Court of South Africa) mehr nach Kriterien politischer Konformität zu besetzen, was auf eine Instrumentalisierung der für die Besetzung von Richterämtern zuständigen Judicial Service Commission hinausläuft.⁵ Auch die Presse steht wegen ihrer oft sehr kritischen Beiträge unter verstärktem Druck staatlicher Einflussnahme.⁶ Neben der Aushöhlung gewaltenteilender und machtverschränkender Elemente setzt Zuma auf eine veritable Günstlingswirtschaft. In Zahlen ausgedrückt rutschte Südafrika im Korruptionsranking von Transparency International innerhalb weniger Jahre von Platz 36 (2002) auf Platz 72 (2014) ab. Posten in Provinzen und Gemeinden sowie in staatlich kontrollierten Unternehmen werden weniger nach Eignung als nach politischer Zugehörigkeit zum ANC mit Vertrauensleuten von Zuma besetzt.⁷ Vermehrt wird auch das Recht des Parlaments auf Ernennung von Posten nach „parliamentary advice“ von

Zuma wahrgenommen. Die Personalisierung von Herrschaft geht soweit, dass in sämtlichen Ministerien Berater mit engen Verbindungen zum Präsidenten sitzen, während sich die meisten zuständigen Ressortchefs als folgsame Kabinettsmitglieder erweisen.

So wurde der von internationalen Analysten als kompetent eingeschätzte Finanzminister Nhlanhla Nene wohl

Der gesamtgesellschaftliche Unmut über die Amtsführung von Präsident ZUMA wächst.

wegen seiner Unabhängigkeit und seiner Kritik am Ausgabengebahren der staatlichen Unternehmen entlassen und vom Hinterbänkler und Zuma-Gefolgsmann Des van Rooyen ersetzt, der nach heftigen Turbulenzen an der südafrikanischen Börse vier Tage später wiederum durch Pravin Gordhan abgelöst wurde. Gordhan, der bereits von 2009 bis 2014 Ressortchef des Finanzministeriums gewesen war und sich im In- und Ausland hoher Anerkennung erfreut, liefert sich seit seiner erneuten Ernennung einen innerparteilichen Machtkampf mit Zumas Gefolgsleuten, da er gegen Steuersünder selbst in Regierungspositionen fahnden lassen und der Selbstbedienungsmentalität in der Staatsverwaltung und den staatlich kontrollierten Unternehmungen, den „State-Owned Enterprises“ oder „Parastatals“, entgegengetreten will. Dadurch aber kommt er in Konflikt mit den politischen Machtstrukturen Zumas, der ein ausgeklügeltes Patronagesystem mit ihm ergebenden ANC-Gefolgsleuten aufgebaut hat.⁸ Überdies pocht Gordhan auf Einhaltung von Haushaltsdisziplin

und will dadurch eine weitere Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Situation Südafrikas und seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit verhindern. Die Folge dieser Personalrochade war, dass die ohnehin schon wegen des hohen Zahlungsbilanzdefizits unter Druck geratene Landeswährung Rand an den Märkten regelrecht abstürzte und Südafrika die Herabstufung auf Ramschniveau, den sogenannten „Junk-Status“, durch die Rating-Agenturen droht.

Kritik an der Regierungsausübung Zumas und seiner Gefolgschaft kommt dabei nicht nur aus der Wirtschaft, aus gesellschaftlichen Kreisen und Teilen der freien Presse, sondern auch von Altvorderen und Funktionsträgern des ANC. Eine große Rolle spielen hier die zahlreichen Fehlleistungen und Skandale der Regierung. Bereits vor seiner Nominierung als Präsidentschaftskandidat für die Wahl von 2009 hatte es strafrechtlichrelevante Gerichtsverfahren gegen Zuma gegeben (etwa wegen Vergewaltigungen, Vermögensdelikten usw.). Kurz vor der Wahl schließlich hatte die Anklagebehörde 783 Verfahren gegen ihn eingestellt. Jedoch hat der High Court in Pretoria Ende April 2016 diese Verfahrenseinstellungen wieder aufgehoben.⁹ Die Affäre, die nicht nur große publizistische Aufmerksamkeit auf sich zog, sondern auch zum Vorwurf des Verfassungsbruchs gegen Zuma führte, war die um den Ausbau seiner Privatresidenz in Nkandla, seiner Heimatprovinz Kwa-Zulu-Natal. Zuma hatte den gesamten Ausbau vom Staat finanzieren lassen, inklusive Amphitheater, Schwimmbad, Hubschrauberlandeplatz, Hausklinik sowie Häuser für seine vier Frauen. Alle diese Maßnahmen wurden als sicherheitsrelevant für den Präsidenten bezeichnet. So firmierte zum Beispiel das

Schwimmbad offiziell als Feuerlöschteich. Die Opposition protestierte heftig gegen diese pauschale Einstufung aller Ausbaumaßnahmen und veranlasste die Public Protector (eine Art Ombudsfrau, deren Amt und Kompetenzen in der Verfassung zwecks Einhaltung einer guten Regierungsführung definiert sind), sich damit zu befassen. Sie kam in ihrer Bewertung der Ausbaumaßnahmen zum Schluss, nicht alle Maßnahmen seien mit Sicherheitsbedenken zu begründen und forderte den Präsidenten auf, einen noch festzulegenden Anteil aus privaten Mitteln zurück zu erstatten. Am Ende entschied das Verfassungsgericht gegen Zuma, was das politische Klima im Lande zusätzlich vergiftete.

Zuma hat sich ein ausgeklügeltes PATRONAGESYSTEM aus ihm ergebenen ANC-Gefolgsleuten aufgebaut.

Nomenklatura-Praktiken, die seit dem Machtantritt Jacob Zumas als herrschaftssicherndes Instrument an Bedeutung gewinnen, haben die Plünderung des Staates zur Folge und drohen im zeitlichen Verlauf – wie auch zahlreiche Beispiele auf dem afrikanischen Kontinent belegen – zu einem autoritären Einparteiensystem zu tendieren, innerhalb dessen Staat und Partei verschmelzen. Konsequenz hieraus sind u. a. größer werdende Defizite bei der Bereitstellung öffentlicher Leistungen, denn insbesondere in den staatlich kontrollierten Unternehmen breiten sich klientelistische

Netzwerke aus. So hat die 1994 aus Indien eingewanderte Industriellenfamilie Gupta maßgeblichen Einfluss auf Personalentscheidungen des Präsidenten gewonnen, was dazu geführt hat, dass sogar von einer Kaperung des Staates („state capture“) durch diese Unternehmensgruppe gesprochen wird. Dem stellvertretenden Finanzminister Mcebisi Jonas wurde etwa im Herbst 2015 von den Guptas das Amt des Finanzministers angeboten, falls er dann als Minister den Generaldirektor des Schatzamts (National Treasury) und weitere führende Beamte aus ihren Positionen abberufe. Wie ein Untersuchungsbericht der Public Protector weiter feststellt, konnten die Gupta-Brüder nicht nur die Besetzung von Kabinettposten, sondern auch die von Direktoren staatlicher Betriebe mitbestimmen. Überdies profitierten nicht nur sie, sondern auch ein Sohn des Präsidenten von staatlichen Aufträgen durch Vorzugsbedingungen.¹⁰ Ein solches bis zum „state-capture“ reichendes ausgeklügeltes Patronagesystem belastet nicht nur den Staatshaushalt und verschärft die ohnehin schon unzureichende Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen, sondern führt auch zu gesellschaftlichen Gegenreaktionen in Form von alltäglichen wie landesweiten „Service Delivery Protests“. Diese „Rebellion der Armen“ verläuft oftmals in gewalttätigen Bahnen und verweist in politischer Hinsicht auf die Frustration der Township-Bewohner, die auch im neuen Südafrika kaum Perspektiven für eine bessere Zukunft sehen.

Studentenproteste und der staatliche Rundfunk / Fernsehen

Ab Oktober 2015 kam es wegen einer angekündigten Erhöhung der Studiengebühren zu Studentenunruhen, an de-

nen EFF-Mitglieder beteiligt waren. Präsident Zuma nahm zwar die Erhöhung für 2016 zurück, doch stehen für 2017 wieder welche an. Inzwischen hat ein Teil der Studentenschaft die Forderung nach Abschaffung aller Studiengebühren erhoben und die Bewegung #FeesMustFall ins Leben gerufen. Einer der Gründe für die Unzufriedenheit liegt im staatlichen südafrikanischen Bildungssystem, welches ineffizient und unterfinanziert ist und vergleichsweise hohe Schulabbrecherquoten aufweist.¹¹ So sind auch viele Schulabgänger unzureichend auf ein Hochschulstudium vorbereitet und haben dazu oft nur geringe finanzielle Mittel. Der regierende ANC, der zusammen mit der Kommunistischen Partei SACP und dem Gewerkschaftsbund COSATU die „Tripartite Alliance“ bildet, geriet so in ein politisches Dilemma. Nicht nur der ANC, sondern auch die SACP fordern programmatisch die Abschaffung von Studiengebühren und eine kostenfreie Bildung, auch im Hochschulbereich. Personifiziert wird dieses Dilemma in der Person des Ministers für höhere Bildung, Blade Nzimande, der gleichzeitig Generalsekretär der SACP ist und, wie alle kommunistischen Abgeordneten, auf der ANC-Liste ins Parlament gewählt wurde. Er betonte zwar, bedürftige Studenten seien ganz oder teilweise von der Zahlung von Studiengebühren befreit, deren Abschaffung aber sei nicht möglich, weil sonst die Hochschulen bzw. Universitäten nicht mehr ihre Aufgaben erfüllen könnten.¹²

Hier werden die offensichtlichen Nachteile der unverhältnismäßig hohen und weitgehend unproduktiven Ausgaben für Inhaber politischer Ämter und Angehörige des öffentlichen Dienstes¹³ deutlich, die den Staatshaushalt in

Schiefelage gebracht haben und so weitere Staatsausgaben, wie hier für die Bildung, nicht mehr zulassen. Mittlerweile haben die Studentenunruhen weiter um sich gegriffen und sind teilweise in regelrechte Straßenschlachten ausgeartet. Die meisten Universitäten mussten inzwischen sogar zeitweise den Lehrbetrieb einstellen. Selbst zu Brandstiftungen, Plünderungen und Vandalismus ist es vereinzelt gekommen.

Inzwischen ist es auch zu einer politischen Auseinandersetzung über die Leitung der staatlichen South African Broadcasting Corporation (SABC) in Person des „Chief Operating Officer“ gekommen. Dieser hatte Zensurmaßnahmen etwa der Art verordnet, dass über gewalttätige Demonstrationen und Zusammenstöße mit der Polizei nicht mehr berichtet werden dürfe und zudem mehrere kritische Mitarbeiter entlassen. Außerdem wurde bekannt, dass er sich

**Das korrupte System des
Präsidenten ruft landesweite, teils
auch gewalttätige PROTESTE hervor.**

trotz eines hohen Budgetdefizits der Rundfunk- und Fernsehanstalt sein Gehalt spürbar hatte aufbessern lassen. Darüber hinaus hatte sich herausgestellt, dass das Zeugnis für sein Matrik (entspricht in etwa dem Abitur), das für diese Position vorausgesetzt wird, gefälscht war. So musste er aufgrund eines von der Opposition beantragten Richterspruchs seinen Chefessel räumen, wurde aber

sofort vom Verwaltungsrat wieder mit einer anderen Position betraut, was zu einem offenen Konflikt zwischen dem Verwaltungsrat und dem vom ANC beherrschten Parlament führte. Inzwischen sind alle Mitglieder des Verwaltungsrates zurückgetreten.

Vom Hoffnungsträger zum Problemfall?

Konzeptionell bezeichnet sich Südafrika als rassen- und religionsübergreifende Gesellschaft, wofür stellvertretend Nelson Mandela und sein Werdegang stehen. Desmond Tutu hat dafür den Begriff der „Regenbogen-Nation“ geprägt. Das Fundament des friedlichen wie halbwegs einträglichen Zusammenlebens bleibt aber brüchig. Der Verfall der Landeswährung Rand, die drohende Herabstufung des Landes auf Ramschniveau durch die internationalen Ratingagenturen, die allgemeine Kapitalflucht, der „brain drain“ von hauptsächlich weißen Fachkräften ins westliche Ausland, die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit oder die gewaltsamen und von der Polizei blutig niedergeschlagenen Streiks von Minenarbeitern im Platinbergwerk Marikana bei Rustenburg 2012 und anderswo verschärfen die wirtschaftliche Situation zunehmend. Überzeugende Lösungsvorschläge werden auch deshalb erschwert, weil im Land aufgrund der übermächtigen Regierungspartei ANC eine politische Monokultur herrscht. Zwar steht der ANC von „links“ durch die EEF unter Druck, weshalb sich beispielsweise die ANC-Jugendliga dazu veranlasst sah, auch ihrerseits eine entschädigungslose Landenteignung zu fordern. Dennoch ist für die Stabilität der Demokratie am Kap der Guten Hoffnung weniger die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition entscheidend, son-

dern die innerparteilichen Auseinandersetzungen im „Quasi-Einparteiensystem“.

Daher kommt den ideologischen Debatten und Flügelkämpfen innerhalb seiner Parteiorganisation herausragende Bedeutung zu. Während der Präsidentschaft Zumas haben sich im ANC erhebliche Spannungen aufgebaut. So hatte der Vorsitzende der ANC-Parlamentsfraktion (Chief Whip), Jackson Mthembu, schon nach den Kommunalwahlen den Rücktritt des gesamten ANC-Vorstands, einschließlich seines Vorsitzenden Zuma, gefordert.¹⁴ Über die Affären

Im ANC und um die Nachfolge von Präsident Zuma ist ein **MACHTKAMPF** im Gange.

und Skandale der politisch Herrschenden zeigen sich vor allem alte ANCKämpfer aus der Zeit des Widerstands gegen das Apartheid-Regime bestürzt.¹⁵ Diese Mitglieder glauben noch an die alten Ideale der Befreiungsbewegung, wie sie damals in der Freedom Charter formuliert wurde, und sehen diese durch das Handeln Zumas zumindest teilweise verraten. Anfang November 2016 forderte dann die nach dem Austritt der Metallarbeitergewerkschaft NUMSA aus dem Dachverband jetzt größte COSATU-Gewerkschaft National Health Education & Allied Workers Union (NEHAWU), die Arbeitnehmer in verschiedenen Sparten des öffentlichen Dienstes vertritt, den Rücktritt Zumas vom Amt des Präsidenten und ergriff zudem Partei für den jetzigen Vizepräsidenten Cyril Ramaphosa als dessen Nachfolger.¹⁶ So ist der Kampf um die Nachfolge Zumas als Parteichef sowie als Präsident bereits innerparteilich ent-

brannt. Ramaphosas Unterstützer in der Partei sind eher in den urbanisierten Regionen des Landes, mit Schwerpunkt in der Provinz Gauteng, zu finden, während die Anhänger Zumas in den ländlichen Provinzen und speziell in KwaZulu-Natal zuhause sind.

Anhaltende Unterstützung erfährt Zuma außerdem von der ANC-Jugendliga sowie von Veteranen des bewaffneten Flügels der früheren Befreiungsbewegung, Umkhonto we Sizwe. Sie unterstützen Zumas Ex-Frau Nkosazana Dlamini-Zuma, die derzeit noch Kommissionsvorsitzende der Afrikanischen Union ist. In ihrer Kandidatur wird sie auch von der ANC-Frauenliga unterstützt. Die Frage ist, ob sie als Frau in einer sehr männlich strukturierten Partei eine reelle Chance hat. Dafür gehört sie aber dem größten und wohl auch dank Jacob Zuma politisch mächtigsten südafrikanischen Volksstamm der Zulus an, während der Vizepräsident vom relativ unbedeutenden und wenig einflussreichen Stamm der Vendas ist. Die Amtszeit Jacob Zumas als ANC-Vorsitzender endet im Dezember 2017, die als Präsident erst nach der nächsten Parlamentswahl im Frühjahr 2019. Da er schon zweimal als Präsident gewählt worden ist, kann er für dieses Amt nicht wieder kandidieren. Voraussichtlich wird er aber nicht mehr als Parteivorsitzender kandidieren.¹⁷ So ist schon im Dezember nächsten Jahres bei der Vorsitzendenwahl des ANC die Entscheidung darüber zu erwarten, wer der nächste Präsidentschaftskandidat des ANC sein wird. Ein vorzeitiger Rücktritt Zumas als Staatspräsident ist jedoch unwahrscheinlich, da Vizepräsident Ramaphosa bis zur Wahl eines Interimspräsidenten durch die Nationalversammlung das Präsidentenamt über-

nehmen und sich dadurch die Chancen von Frau Dlamini-Zuma verringern würden. Käme es jedoch zu einer Verurteilung Zumas, entweder in einem der anhängigen Verfahren oder in einem neuen wegen Amtsmissbrauchs, dann wäre er kaum mehr im Amt zu halten.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen im ANC verschärfen sich mit jeder Aufdeckung neuer korrupter Machenschaften. Solche Verhaltensweisen werden auch von der Kommunistischen Partei kritisiert. So rief SACP-Chef Nzimande seine Genossen bereits dazu auf, die Plünderung staatlicher Ressourcen

Von der Nachfolge Zumas hängt die zukünftige **AUSRICHTUNG** Südafrikas ab.

durch eine parasitäre Bourgeoisie zu unterbinden.¹⁸ Im äußersten Fall könnte sogar die „Tripartite Alliance“ auseinanderfallen. Eine Spaltung des ANC indes ist wenig wahrscheinlich, da gewählte Abgeordnete ihr Mandat verlieren, wenn sie ihre Partei verlassen oder von dieser ausgeschlossen werden. Bei einer Nominierung von Dlamini-Zuma als Präsidentschaftskandidatin könnte es jedoch zu einer Abspaltung des eher liberalen Flügels der Partei kommen. Auch wenn diese Aussagen spekulativ bleiben müssen, so wird die weitere Entwicklung des Landes doch stark von der Person des Nachfolgers Zumas abhängen. Ramaphosa würde wohl eher versuchen, die Effektivität der Verwaltung und der Volkswirtschaft wieder zu verbessern. So könnte unter Umständen auch die Abwanderung weißer und indischstämmiger Spitzenkräfte in Grenzen gehalten werden. Auch hat er wohl größere Chancen, die befürchteten

Stimmenverluste für den ANC bei den Parlamentswahlen 2019 in Grenzen zu halten. Im Falle einer Präsidentschaft von Dlamini-Zuma wäre zu befürchten, dass das Land sich mental weiter afrikanisiert und die verbliebene weiße, speziell afrikaanssprachige Minderheit ihre Zukunftsaussichten im Lande immer negativer sieht und vermehrt an Auswanderung oder gar gewaltsamen Widerstand¹⁹ denkt. Inwieweit alle ANC-Mitglieder im schlimmsten Fall bereit wären, eine eventuelle Wahlniederlage ohne Umschweife anzuerkennen, bleibt offen. So haben ANC-Stadtverordnete in den Metros Johannesburg, Tshwane und Nelson Mandela Bay, wo jetzt DA-Bürgermeister amtieren, die Sitzungen dieser Stadtparlamente Ende Oktober teilweise sogar unter Anwendung physischer Gewalt massiv gestört.²⁰

Bislang profitierte der ANC von der starken emotionalen Bindung, die gerade schwarze und arme Wähler noch immer an die Befreiungsbewegung haben. Der geschichtliche Kitt zwischen Befreiung und Befreiungsbewegung wird jedoch immer schwächer. Schon heute sind 40 % der Südafrikaner nach 1994 geboren und haben somit keine persönlichen Erinnerungen an das System der Rassentrennung mehr. Bei den „Born-frees“, den in Freiheit Geborenen, breitet sich Resignation aus. Ob Mandelas Erbe erhalten werden kann, wird stark davon abhängen, wer Jacob Zuma im Amt nachfolgt. ///



/// DR. THORSTEN WINKELMANN

ist Politikwissenschaftler und habilitiert derzeit am Institut für Politische Wissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.



/// DR. JOST F. NOLLER

ist Politikwissenschaftler, war Lehrer und ist seit seinem Ruhestand als externer Fachmann u. a. auch für die Universität Erlangen-Nürnberg tätig.

Anmerkungen

¹ Electoral Commission of South Africa-IEC, <http://www.elections.org.za/content/Elections/Municipal-elections-results/>, Stand: 29.10.2016. Zur Parlamentswahl von 2014 siehe Winkelmann, Thorsten / Noller, Jost F.: Nur wenig Veränderung: Die Parlamentswahlen in Südafrika vom 7. Mai 2014, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2015, S. 166-182.

² Nach der amtlichen Volkszählung (Census) von 2011 setzt sich die Bevölkerung Südafrikas nach Bevölkerungsgruppen wie folgt zusammen: 79,2 % Schwarzafrikaner, jeweils 8,9 % Weiße und Kap-Farbige, 2,5 % Inder bzw. Asiaten und 0,5 % Andere, vgl. www.statssa.gov.za/publications/P03014/P030142011.pdf, Stand: 10.11.2016. Die Bevölkerungsgruppen werden dabei folgendermaßen bezeichnet: „Black African, Coloured, Indian/Asian, White, Other.“ Die Kap-Farbigen

- („Coloureds“) werden in deutschsprachigen Publikationen auch öfters als Mischlinge bezeichnet. In der Provinz Westkap machen sie mit 48,8 % fast die Hälfte der Bevölkerung aus. Die meisten von ihnen sprechen als Muttersprache das aus dem kapholländischen Dialekt entstandene Afrikaans. Zur Definition der südafrikanischen Bevölkerungsgruppen siehe auch Noller, Jost F.: Theorie und Praxis der Apartheid, Eine Analyse der Grundlagen und Bedingungen der Politik der „Getrennten Entwicklung“ in Südafrika, Frankfurt a. M. 1977, S. 13ff. sowie Ders.: Südafrika, in: Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, Band II, Afrika: Politische Organisation und Repräsentation in Afrika, 2. Halbband, hrsg. von Dolf Sternberger u. a., Berlin / New York 1978, S. 2074 ff.
- ³ Johannesburg's new mayor. Capitalist crusader, in: *The Economist*, 24.9.2016, S. 35 f.
- ⁴ Siehe u. a. Johnson, R. W.: *How long will South Africa survive? (The looming crisis)*, Revised paperback edition, London 2016, passim.
- ⁵ Project Country Research Institution for the United Nations Economic Commission for Africa: *African Governance Report III – Elections and the Management of Diversity in Africa: National Country Report for South Africa*, Pretoria 2012, S. 30; Choudhry, Sujit: „He Had a Mandate“: The South African Constitutional Court and the African National Congress in a Dominant Party Democracy, *Constitutional Court Review* 2/2009, S. 1-86; Kende, Mark: *Enforcing the South African Constitution: The Fight for Judicial Independence and Separation of Powers*, *Transnational Law & Contemporary Problems* 23/2014, S. 35-49; so auch Böhler, Werner: *Verfassung und Gewaltenteilung: Wie unabhängig bleibt die Justiz in Südafrika*, KAS-Länderbericht, Johannesburg 2011.
- ⁶ Vgl. in: *Mail & Guardian*, 27.2.2015, S. 13: „[...] journalists have become praise singers for the party in power and, according to an independent journalist, are a disgrace to the profession.“ oder in: *Mail & Guardian*, 27.2.2015, S. 5: „ANC wants SABC to show JZ more love.“
- ⁷ Southall, Roger: *Democracy at Risk? Politics and Governance under the ANC*, *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science*, 652/2014, S. 48-69, hier S. 63 f.; Bertelsmann Stiftung: *BTI 2014 – South Africa Country Report*, Gütersloh 2014, S. 8; *Public Affairs Research Institute: Diagnostic Research Report on Corruption, Non-Compliance and Weak Organisations*, Parktown West 2012, S. 27 ff.; Southall, Roger: *The ANC for Sale? Money, Morality & Business in South Africa*, in: *Review of African Political Economy* 35/2008, S. 281-299.
- ⁸ <http://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/finanzminister-gordhan-angeklagt-machtkampf-in-suedafrika-eskaliert-ld.121502>, Stand: 3.11.2016.
- ⁹ Magome, Mogomotsi: *Zuma in most vulnerable spot since 2007*, in: *Cape Times*, 2.5.2016, <http://www.iol.co.za/capetimes/zuma-in-most-vulnerable-spot-since-2007-2016499>, Stand: 3.5.2016.
- ¹⁰ *Public Protector South Africa: State of Capture, Report on an investigation into alleged improper and unethical conduct by the president and other state functionaries relating to alleged improper relationships and involvement of the Gupta family in the removal and appointment of Ministers and Directors of State-Owned Enterprises resulting in improper and possibly corrupt award of state contracts and benefits to the Gupta family's businesses*, in: Report 6/2016-17, http://www.pprotect.org/library/investigation_report/investigation_report.asp, Stand: 3.9.2016.
- ¹¹ SA student dropout rate high, in: *Africa News Agency*, 19.5.2015, <https://www.enca.com/south-africa/student-dropout-rate-high>, Stand: 3.11.2016.
- ¹² Capazorio, Bianca: *We can't afford free education, says Nzimande – critics say „nonsense“*, in: *TMG Digital / The Times*, 25.10.2016, <http://www.timeslive.co.za/politics/2016/10/25/We-cant-afford-free-education%E2%80%9A-says-Nzi-mande---critics-say-nonsense>.
- ¹³ „The political class and the civil service took an ever-larger share of national income and yet produced next to nothing in return“, Johnson, *How long will South Africa survive?*, S. 147.
- ¹⁴ Mthembu calls for entire ANC leadership to step down, in: *TMG Digital*, 23.10.2016, <http://www.timeslive.co.za/politics/2016/10/23/Mthembu-calls-for-entire-ANC-leadership-to-step-down>, Stand: 8.11.2016.
- ¹⁵ Mkentane, Luyolo: *ANC-Vets: Our country is burning*, in: *The Star*, 4.11.2016, <http://www.iol.co.za/news/crime-courts/anc-vets-our-country-is-burning-2086695>
- ¹⁶ Mahlakoana, Theto: *Cosatu unhappy with ANC-run government*, <http://www.iol.co.za/news/politics/cosatu-unhappy-with-anc-run-government-2086587>, Stand: 3.11.2016.
- ¹⁷ Mbatha, Amogelang: *Six candidates vie to succeed Zuma as ANC president*, in: *Mail & Guardian*, 11.11.2016, <http://mg.co.za/article/2016-11-11-six-candidates-vie-to-succeed-zuma-as-anc-president>, Stand: 3.11.2016.
- ¹⁸ *Enough is enough – stop the Guptarisation of our state – Nzimande*, <http://www.timeslive.co.za/politics/2016/11/06/%E2%80%98Enough-is-enough-%E2%80%93-stop-the-Guptarisation-of-our-state%E2%80%99---Nzimande>, Stand: 6.11.2016.
- ¹⁹ Winkelmann, Thorsten: *Länderporträt: Südafrika, in: Extremismus & Demokratie*, hrsg. von Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse, Baden-Baden 2010, S. 204-237.
- ²⁰ Patrick, Alexandra: *Mandela-Bay council meeting ends in bloodshed*, <http://www.iol.co.za/news/crime-courts/mandela-bay-council-meeting-ends-in-bloodshed-2084360>, Stand: 27.10.2016; *ANC masterminding co-ordinated campaign of disruption: Tshwane mayor Solly Msimanga*, in: *TMG Digital*, 28.10.2016, www.timeslive.co.za/politics/2016/10/28/ANC-masterminding-co-ordinated-campaign-of-disruption-Tshwane-mayor-Solly-Msimanga, Stand: 28.10.2016.